



Agnes Alpers

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73892

Fax 030 227 – 76893

E-Mail: agnes.alpers@bundestag.de

Übernahme statt Überstunden für Auszubildende

"Überstunden statt Übernahme, so sieht für viele Auszubildende der Alltag im Betrieb aus. Fast zehn Prozent aller Auszubildenden werden nicht übernommen und knapp zwei Drittel sitzen im Ungewissen. Dafür sind regelmäßige Überstunden an der Tagesordnung. Gute Perspektiven sehen anders aus", so Agnes Alpers, Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung der Fraktion DIE LINKE, zum heute vorgestellten Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Alpers weiter:

"Noch immer wird zu oft gegen gesetzliche Regelungen verstoßen, häufig fehlen gar die Ausbilder. Größtenteils betrifft das die üblichen Problembranchen, allen voran das Hotel- und Gaststättengewerbe, das im Hinblick auf die Ausbildungsqualität wie in den letzten Jahren auf dem letzten Platz landet. Generell sollten die Betriebe endlich ihre Prioritäten verschieben. Statt Ausbeutung sollten junge Menschen eine qualitativ gute Ausbildung erhalten. Eine Übernahmegarantie steigert ihre Motivation und gibt ihnen Zuversicht und Sicherheit für die Zukunft. Aber auch die Betriebe würden profitieren. Denn, wer heute den Nachwuchs übernimmt, sichert sich die Fachkräfte von morgen.

Positiv ist, dass eine Mehrheit mit der Lernsituation und der Ausstattung in den Berufsschulen zufrieden ist. Angesichts klammer Kassen der meisten Bundesländer war dies nicht unbedingt zu erwarten. Doch auch hier ist Vorsicht geboten. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zufriedenheit um fünf Prozent gefallen.

Das duale System der Berufsausbildung muss attraktiv und für alle zugänglich sein, also auch diejenigen integrieren, die bereits seit Jahren von Ausbildung ausgeschlossen sind. In Deutschland sind das gut 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren. DIE LINKE fordert endlich ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen, das durch ein solidarisches Umlagemodell der Betriebe finanziert wird. Nur so lassen sich berufliche Perspektiven für alle verwirklichen."

Pressemitteilung